

# Der Mantelflicker

## Unabhängige Freie Wählergemeinschaft

### Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Im Marktleben verwurzelte Köschinger, die eingebunden sind ins gesellschaftliche Leben, reden in letzter Zeit öfter darüber, wo die Seele von Kösching geblieben ist. Ob es sie noch gibt oder ob sie, dem Fortschritt geopfert, irgendwo dort draußen zwischen Aldi und Lidl umherirrt, hinausgezerrt vom endlosen Blechwurm der sich tagtäglich durch den Markt windet.

Das mag etwas theatralisch klingen, aber in solchen Betrachtungen steckt eine gute Portion Wahrheit. Viele Köschinger fragen sich mittlerweile, was uns der Fortschritt denn einbringen soll, außer Anonymität und Entfremdung. Können wir, so wie wir sind, nicht mehr weiter existieren? Oder liegt das Glück und die Hoffnung unseres Köschinger Daseins nur darin, unsere Landschaft gnadenlos zu zersiedeln, bis nichts mehr zu erkennen ist von dem was wir an Kösching lieben? Argumente dafür gibt es zuhauf. Aber Wachstum allein trägt nicht zur Verbesserung unserer Lebensqualität bei.

In der momentanen Situation sollten wir es uns leisten, kurz einmal innezuhalten und eine Standortbestimmung vornehmen, um auszuloten, ob wir tatsächlich dort hin wollen, wo wir glauben hin zu müssen.

Die Bebauung der Fohlenweide steht bei dieser Frage aktuell aber auch exemplarisch auf der Tagesordnung.

Bei der Bürgerversammlung 2011 wurde seitens der Verwaltung bekannt gegeben, dass sich Kösching auch weiterhin schwer tun wird, wegen den vollständig weggefallenen Gewerbesteuer-einnahmen der Raffinerie. Gleichzeitig wurde

darauf verwiesen, dass die Einnahmen aus Einkommensteuer (Arbeitnehmer) auf 4 Mio. angewachsen sind.

Nun aber darauf zu setzen, mit der Ausweisung von Bauland und dem damit verbundenen Zuzug die Einkommensteuer Einnahmen anzuheben um die weggefallene Gewerbesteuer aufzufangen, das ist eine Rechnung, die nie aufgehen wird.

Die Gewerbesteuer der Raffinerie war eher ein Zubrot, das uns Köschingern das Wirtschaften erleichterte und wovon wir uns auch den einen oder anderen Luxus leisten konnten. Einnahmen aus Einkommensteuer stehen aber in einem anderen Zusammenhang. Sie sind verbunden mit Forderungen des sozialen Zusammenlebens.

Bevölkerungszuwachs hat zur Folge, dass die infrastrukturellen und die sozialen Ausgaben des Marktes ansteigen. Die Einkommensteuereinnahmen werden dadurch mehr als aufgebraucht. Als ein Beispiel dafür kann man die „Nordtangente“ anführen. Wir müssen diese teure Ortsentlastung bauen, weil wir das Baugebiet Eixelberg V im Nordosten erschlossen haben.

Aber die Verpflichtungen einer Gemeinde erstrecken sich viel weiter. Von Kinderbetreuungsplätzen über die Abwasserentsorgung, Räum- und Streudiensten bis hin zu den Wünschen nach einem Festplatz oder einer Veranstaltungshalle.

Fortschritt sollte kontrolliert erfolgen. Wir sollten ihn zu jeder Zeit im Blick haben. Ob er sich in hohem Maße durch die Ausweisung von Bauland darstellen muss, sollten wir uns sehr genau überlegen.

**beständig  
bürgerlich**

*Wir wünschen Ihnen ein gesegnetes und friedvolles  
Weihnachtsfest und ein  
gesundes und erfolgreiches Jahr 2012*

# Fohlenweide - Bauland?

Politisch wärs, wie man auf bayerisch sagt, „a`gmahde Wiesn gwesn“ und durchaus vertretbar. Für die Köschinger Bürger aber kaum akzeptabel, weil nach diesem Beschluss unverzüglich Planungen für die Fohlenweide in Auftrag gegeben worden wären, zulasten der Allgemeinheit.

Tatsache ist, dass in der Novembersitzung 2011 eine ganze Reihe von CSU Gemeinderäten, aufgrund Art. 49 Gemeindeordnung, an der Abstimmung zum Flächennutzungsplan Fohlenweide nicht teilnehmen durften. Der Tagesordnungspunkt wurde aber erst nach UW-Einspruch zurückgezogen,

ausschließlich deshalb, weil die CSU plötzlich ihre absolute Mehrheit verloren hatte.

Dabei hätten die UW Gemeinderäte „mit derselben Ahnungslosigkeit“ wie die CSU-Fraktion vorgehen, die Abstimmungsniederlage getrost abwarten können um danach, einige Tage später, die Gültigkeit des Beschlusses anzufechten, worauf dieser hinfällig geworden wäre.

Ob die CSU-Fraktion keine Ahnung von der Tragweite des Art. 49 der Bay. Gemeindeordnung hatte, oder ob die Bestimmung kurz einmal außer Kraft gesetzt werden sollte lässt sich im Nachhinein nicht mehr feststellen.

---

**Wir, die Unabhängigen Wähler, haben uns bereits vor zwei Jahren im > Mantelflicker < ausführlich mit dem Thema „Bebauung der Fohlenweide“ befasst und unsere kritische Haltung dazu detailliert dargestellt. Wir befürchten einen Verkehrskollaps für den Ortskern, der nach der Bebauung der Fohlenweide (ca. 500 Bewohner) auch nicht mehr behoben werden kann. Solange kein vertrauenswürdige und schlüssiges Verkehrskonzept für dieses anvisierte Baugebiet vorgelegt wird, sehen wir uns nicht in der Lage, der Planung zuzustimmen. Noch mehr Verkehr im Innerort können wir nicht gebrauchen!!!**

Auszug aus: Bay.Gemeindeordnung; Art. 49

## **Ausschluß wegen persönlicher Beteiligung**

(1) 1 Ein Mitglied (Anm.Red.: „des Gemeinderates“) kann an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen, wenn der Beschluß ihm selbst, seinem Ehegatten, seinem Lebenspartner, einem Verwandten oder Verschwägerten bis zum dritten Grad oder einer von ihm kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen natürlichen oder juristischen Person einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann.

---

Vor einem halben Jahr waren es die Bürger, die die CSU Mehrheitsfraktion in der Friedhofsfrage bremsen mussten, nun ist es der Artikel 49 der Bayerischen Gemeindeordnung, der das Vorhaben Fohlenweide stoppt.

In beiden Fällen signalisierte uns die CSU-Fraktion höchste Dringlichkeit, jetzt, weil angeblich viele Köschinger auf kostengünstiges Bauland warten. Wenn die CSU-Fraktion in diesem Zusammen-

hang „soziale Erwägungen“ für rasches Handeln strapaziert, dann sollte zunächst ermittelt werden, welche und wieviele Bürger unserer Großgemeinde dieses preisgünstige Modell in Anspruch nehmen dürfen und wollen und wie aktuell die Wartelisten tatsächlich sind. Zudem wird die Sozialklausel ja nicht ausschließlich bei der Fohlenweide zur Anwendung kommen.

---

Ob, und unter welchen infrastrukturellen Voraussetzungen die Fohlenweide bebaut wird, kommt einer „historische Weichenstellung“ für Kösching gleich, besonders, was die Verkehrsbelastung im Ortskern betrifft. Deshalb sollte man im Vorfeld alle Denkrichtungen aufnehmen und zusammenführen, um den absehbaren Verkehrskollaps zu vermeiden.

**Unbenommen davon hat jeder Grundstückseigentümer der Fohlenweide das Recht, die Bebauung des Areals zu fordern, wobei in diesem Fall das Allgemeininteresse in besonderer Weise in die Waagschale zu legen ist.**

# Opposition im Gemeinderat ?

Den Begriff „Opposition“ wie man ihn von der Bühne der großen Politik her kennt, verwendet die Bay. Gemeindeordnung nicht. Sie sagt, dass alle Gemeinderäte die Verpflichtung haben, zum Wohle der Allgemeinheit zu handeln.

Gleichermaßen stellt sich aber sehr wohl die Frage, ob ein demokratisches Gefüge wie ein Gemeinderat, ohne Opposition leben kann oder leben soll. Ob der demokratische Auftrag >für das Allgemeinwohl zu handeln< nicht erst durch oppositionelle Beiträge zustande kommt.

Wir erleben in Kösching in dieser Wahlperiode die absolute Mehrheit der CSU-Fraktion im Gemeinderat. Aufgrund dieser Tatsache werden die übrigen Gemeinderäte vielfach mit vorgefertigten Ergebnissen konfrontiert, die selten verrückbar sind. Gleichzeitig stoßen Vorschläge von außerhalb bei der CSU auf resolute Ablehnung, obwohl die Allgemeinheit nachweisbar davon profitieren könnte.

Mit absoluten Mehrheiten erlebt man oft Dinge, wie z.B. bei der Friedhofsfrage, die nur noch mit massivem Einsatz der Öffentlichkeit gebremst werden können. Die Unabhängigen Wähler stehen deshalb Mehr-

heitsfraktionen grundsätzlich skeptisch gegenüber, weil von diesen oft die erforderlichen Entwicklungsschritte ausgeblendet werden oder schlichtweg unterbleiben.

Wir glauben nicht, dass es ein besonderes Merkmal der Köschinger CSU-Fraktion ist, Dinge rigoros durchzuboxen. Es ist einfach ein Erscheinungsphänomen bei dem auch die eigenen Leute der Mehrheitspartei, die in der Rangordnung weiter unten angesiedelt sind, mit ihren Meinungen untergehen.

Aus diesen Gründen nimmt die UW ganz bewusst die Rolle der Opposition ein und gewährleistet damit, dass im Gemeinderat Bürgernähe zum Ausdruck kommt.

Unsere Opposition entspringt deshalb nicht dem Ansinnen Ärger zu verbreiten, sondern im Wettbewerb miteinander, die besten Ergebnisse für unseren Markt zu erzielen.

Würde die CSU im Gemeinderat grundsätzlich auf Fraktionszwang verzichten, dann bekäme der Begriff Opposition einen anderen Charakter zugesprochen, dann könnte Meinungsvielfalt fraktionsübergreifend zur Geltung kommen.



## **- Antrag im Gemeinderat -**

### **> Schnelles Internet für Kasing <**

Die UW Fraktion hat beantragt, Maßnahmen in die Wege zu leiten, die einen schnellen Internetzugang im Ortsteil Kasing ermöglichen.

Ohne auf technische Details näher eingehen zu wollen ist uns von Internetnutzern aus dem Ortsteil Kasing bekannt, dass in manchen Wohnlagen nur 2000 MBit/s oder sogar noch weniger verfügbare Bandbreite nutzbar sind. In Kösching können bis zu 16000 MBit/s abgerufen werden.

Wer aus unternehmerischen, beruflichen oder schulischen Gründen größere Datenmengen aus dem Internet abrufen oder über das Netz versenden will, stößt in Kasing derzeit auf kaum vertretbare Schwierigkeiten.

Diese Nachteile für die Kasinger Bürger sollten baldigst behoben werden.

## Gleicher Grundsatz

Betrachtet man die Ortsstraßen von Kösching mit dem Augenmerk auf Geschwindigkeitsregelungen so stellt man fest, dass vollkommen zufällige Vorgaben bestehen. Es gibt Bereiche, in denen grundsätzlich Tempo 30 gilt, andererseits gibt es auch Gebiete, mit sehr engen Straßen, in denen 50 km/h erlaubt sind.

Warum das so ist bleibt rätselhaft, kann aber nur mit der Ortsentwicklung und dem Wachstum von Kösching erklärt werden.

Warum nun einige Bewohner weiterhin die 50 km/h vor ihrer Haustüre hinnehmen müssen, obwohl für etwa 70% bereits die 30-er Regelung gilt, bleibt tatsächlich ein Rätsel. Hier muss der



## für alle !

Grundsatz der Gleichbehandlung zur Anwendung kommen.

Verkehrssicherheit, Lärmbelastungen und Abgasentwicklung hängen nachweislich eng mit der Geschwindigkeit des Durchgangsverkehrs zusammen.

Bereits vor einem Jahr haben die Unabhängigen Wähler **>mit einem Antrag**

**an den Gemeinderat<** die Einführung einer generellen Tempo 30 Regelung für alle Ortsstraßen in Kösching gefordert.

Man hat uns mitgeteilt, dass es keine „flächendeckende Lösung“ geben kann, sondern nur auf einzelne Wohngebiete bezogene. Dem entsprechend werden wir im Neuen Jahr tätig.

**beständig  
bürgernah**

## UW: Ortskern Parkraumregelung Keine Einschränkungen für Anwohner!

Umultartig ging es zu im Sitzungssaal des Rathauses. Viele Bewohner aus dem Ortskern machten ihrem Ärger Luft zu den von der Verwaltung veranlassten Regelungen über Halteverbote und Kurzparkzonen vor ihren Häusern.

Zu dem Treffen hatte der Markt Kösching eingeladen, nachdem ein Jahr des >Testlaufs< vorbei war.

Besonders erbost waren viele Anwesenden darüber, dass sie als Anwohner keine oder zu wenig Parkausweise erhalten hatten. Stattdessen bekamen sie von Mitarbeitern der Verwaltung „gute Ratschläge“ erteilt, was zu unternehmen bzw. investieren wäre, um ihre Fahrzeuge auf dem eigenen Grundstück zu parken und von der Straße fern zu halten.

Kurios wurde die Situation, als sich ein Mitarbeiter der Markt-

verwaltung in >eigener Sache< einschaltete und die Meinung vertrat, der restriktive Umgang mit Parkausweisen sei, gegenüber Anwohnern, vollkommen gerechtfertigt, weil er als Mitarbeiter des Marktes auch keinen Parkausweis bekomme.

Das Anliegen des Gewerbevereins war klar definiert: den Ortskern attraktiv halten durch mehr Parkflächen für Kunden, mit einem flexiblen Konzept. Erklärter Weise „war es zu keinem Zeitpunkt das Anliegen des Gewerbevereins, die Fahrzeuge der Anwohner von den Straßen zu vertreiben“.

Bürgermeister Schöner verabsprach abschließend alle Einwände gewissenhaft zu prüfen und bei der Ausgabe von Anwohner-Parkausweisen wohlwollend zu verfahren.

Tatsache ist, dass es für den Innerort keinen gültigen Bebauungsplan gibt. Deshalb besteht auch keine baurechtliche Handhabe, die Fahrzeuge der Anwohner auf die eigenen Grundstücke zu verweisen oder weit entfernt von diesen parken zu lassen. Das ist im Ortskern auch nicht erforderlich, denn die betroffenen Sträßchen haben oft nur Anwohnerverkehr.

Die UW ist der Meinung: **Däuerst großzügig mit Anwohnerausweisen zu verfahren!**

**Bettbrunn** hat im vergangenen Jahr einen leistungsfähigen Internetzugang erhalten.

Die Unabhängigen Wähler haben dieses berechtigte Anliegen der Bewohner von Bettbrunn von Anfang an unterstützt. Wir freuen uns mit Ihnen und wünschen weiterhin guten Empfang.



# Abwicklung blockiert - Wendemanöver vermeiden

**B**ereits im Jahr 2008 hatte die UW-Fraktion einen Antrag im Gemeinderat eingebracht, mit der Forderung Maßnahmen zu ergreifen die dazu geeignet sind, lange Warteschlangen und gegenseitige Behinderungen in der Bauschuttdeponie zu vermeiden!

Viele Anlieferer sind mit den gegebenen Umständen unzufrieden, nicht zuletzt deshalb, weil mit wenig Aufwand wirksame Verbesserungen geschaffen werden können.

**W**ir schlagen deshalb noch einmal vor, einen befestigten Fahrweg, mit nebenliegendem Standstreifen, um die Gründeponie zu legen, von dem aus die Entladung ohne Behinderungen erfolgen kann.

Um die Zufahrt zur Deponie zu entlasten sollte in Verlängerung des Weges zwischen Bauschutt- und Gründeponie eine Ausfahrt angeboten werden. Nicht zuletzt deshalb, um umständliche Wendemanöver und Blockaden auf den Verkehrsflächen zu vermeiden.



## - Antrag im Gemeinderat -

### > Kleingärten in Kösching <

Die UW Fraktion beantragt den Bedarf zu prüfen und Maßnahmen einzuleiten, damit Köschinger Bürgern zusätzliche Flächen für Kleingärten angeboten werden können.

In unserer stetig wachsenden Gemeinde wird der Bedarf an Kleingärten zukünftig noch zunehmen, aus diesem Grund sollen rechtzeitig Flächen dafür geschaffen bzw. freigehalten werden.

Aus unserer Sicht würde sich der Bereich zwischen Bachaue und Marktmühle dafür eignen. Dabei könnten eventuell auch Kleingärten nahe dem Seel-Anwesen umgesiedelt werden.

Kleingärten sind Erholungsräume für Naturliebhaber und Familien. Sie erfüllen soziale und ökologische Funktionen und schaffen integrative Voraussetzungen für Neubürger.

# Festplatz Kösching

## **Bereits vor 10 Jahren: UW stellt Antrag, den Steinbruch zum Festplatz auszubauen!**

Auf der Suche nach einem geeigneten Festplatz für Kösching offenbart sich ein Dilemma.

Dabei ist und bleibt der Steinbruch die erste Adresse, auch mangels anderer, geeigneter Flächen. Viele Köschinger äußern den Wunsch nach einem Festplatz, aber niemand will ihn, aus verständlichen Gründen, vor seiner eigenen Haustür haben.

Doch, ebenso wenig, wie es die >erlegende Wollmilchsau< gibt, gibt es den ortsnahen, fußläufig erreichbaren Festplatz, auf dem man rund um die Uhr feiern kann, ohne störend auf das nachbarschaftliche Umfeld einzuwirken.

Wir befinden uns im Ballungsraum Ingolstadt und müssen erkennen, dass die Räume in Kösching ebenfalls enger werden. Aber oft gehen Veranstaltungen gerade erst zuende, wenn die genervten Anwohner schon wieder ans Aufstehen denken.

**Ohne Zweifel, ein Ort wie Kösching braucht einen Festplatz. Was aber ist zu tun, um das Vorhaben im Steinbruch solide zu realisieren, unter planbaren Voraussetzungen.**

**Man muss die Anwohner mit ins Boot nehmen! Dabei sollte der Tenor auf beiden Seiten lauten: Kooperative Zielentwicklung, Ergebnisüberprüfung und prozesshafte Lernbereitschaft.**

Man muss grundsätzlich zwischen zwei Arten von Veranstaltungen unterscheiden:

- Veranstaltungen, bei denen hauptsächlich Vereinsmitglieder mit ihren Angehörigen anwesend sind. Diese dürften kaum Probleme bereiten.
- Großveranstaltungen mit öffentlicher Werbung und Bands. Sie locken auch viele Auswärtige an, denen die Spielregeln vor Ort meist egal sind.

**Deshalb müssen >zwingend< Voraussetzungen geschaffen werden, um belastende Entwicklungen für das Umfeld zu verhindern.**

In diese Überlegungen müssen auch die Aufbau- und Abbauarbeiten einbezogen werden. Wenn man den Veranstaltern auf dem Festplatz eine gut entwickelte Infrastruktur anbieten kann, entfallen viele Transportfahrten. Dadurch werden Anwohner und Veranstalter entlastet.

**Weitere Punkte sind:**

- das Zufahrts- und Parkraumkonzept neu regeln
- die Anzahl der Großveranstaltungen begrenzen
- bei Großveranstaltungen Sicherheitsdienste einteilen, die auf dem Zufahrtsweg zum Steinbruch für Ruhe sorgen.

*Das müsste doch zu schaffen sein!*



**- Antrag im Gemeinderat -**

**> Kasing: Fußweg an der Friedhofstraße <**

**beständig  
bürgernah**

Die UW Fraktion beantragt einen Fußweg in die Planung des neuen Baugebietes in Kasing an der Friedhofstraße aufzunehmen.

Damit soll der Weg zwischen Kirche und Friedhof besser gesichert werden, auch, weil im Falle von Beerdigungen die Straße meist halbseitig zugeparkt ist.

# Volkes Stimme! Bürgerbegehren Friedhofserweiterung

**E**s ist gerade einmal ein Jahr her. Am 12. Januar 2011 beschlossen UW-Vorstandschaft und UW-Gemeinderäte, ein Bürgerbegehren auf den Weg zu bringen, mit dem Ziel, notfalls auch einen Bürgerentscheid durchzuführen.

**D**ieser Schritt war unumgänglich, brodelte es in der Köschinger Bevölkerung doch ganz erheblich. Die Köschinger wollten gefragt werden, ob sie sich, aus finanzieller Sicht, einen neuen Friedhof an der Kasinger Straße leisten wollen. Aber noch viel wichtiger war den Köschingern die Standortfrage. Sollte der Friedhof, wie viele andere Einrichtungen, ebenfalls aus dem Ortszentrum verschwinden oder sollte der Köschinger Friedhof weiterhin eine zentrale Begegnungsstätte für die Hinterbliebenen sein.

Die UW hat deshalb das Bürgerbegehren unter dem Motto **>Den Friedhof im Dorf lassen<** gestartet. Das Ergebnis war eindeutig und überwältigend. 650 Stimmen wären erforderlich gewesen, innerhalb von nur 5 Wochen haben mehr als 2300 Bürgerinnen und Bürger ihre Unterschrift auf die Listen gesetzt. Da half es auch nichts, dass die CSU-Fraktion in der Zwischenzeit eine Doppellösung, also mit zwei Friedhöfen, feil bot.

In massivster Weise hatte die CSU öffentlich gemacht, dass es in kürzester Zeit zu eklatanten Engpässen kommen würde und wir unsere Toten nicht mehr bestatten könnten, wenn es den Friedhof Kasingerstr. nicht gebe. Zwischenzeitlich ist die > höchste Dringlichkeitsstufe < aus dem Vokabular der Mehrheitsfraktion verschwunden und am Brunnhauptenweg sind 3000 qm als Erweiterungsfläche ausgewiesen worden.

Nun wissen wir nicht genau, ob wir uns mit den Köschingern darüber freuen dürfen oder ärgern müssen? Prognosen zufolge hätten es 4000 qm, besser noch 5000 qm sein sollen, um das Friedhofsthema für die nächsten Jahrzehnte abzuschließen. „Gründe dafür“, warum man nicht die bestmögliche Lösung suchte, gibt es sicherlich wieder viele. Trotzdem unverstänglich, denn ein zweiter Friedhof wäre um ein Vielfaches teurer geworden als 1000 qm zusätzlich am Brunnhauptenweg einzuplanen. So bleibt dennoch ein seltsamer Nachgeschmack auf der Zunge und im Gedächtnis abgespeichert!

**W**as man aus dieser Geschichte lernen kann? Die Antwort sollten Sie spätestens bei den Kommunalwahlen 2014 parat haben.

## Kreuzung Feuerwehrplatz

**Bereits im Jahre 2002** hatten die Unabhängigen Wähler einen Antrag im Gemeinderat eingereicht: „die Kreuzung Feuerwehrplatz durch geeignete verkehrstechnische Maßnahmen zu entschärfen“.

**Im Jahr 2004 hat die UW** im Rathaus eine Liste abgegeben, von 1200 Bürgerinnen und Bürger unter-

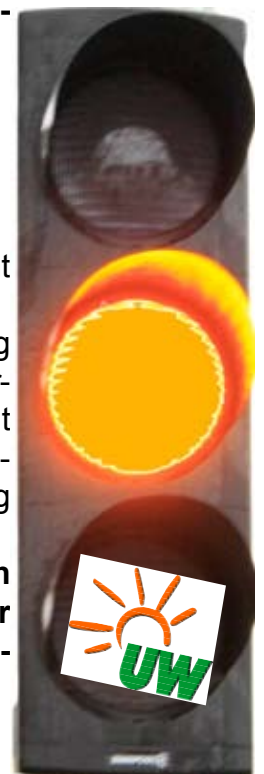
schrieben. Damit war die Forderung verbunden, für den Feuerwehrplatz eine akzeptable Verkehrsregelung zu finden, entweder mit einem Verkehrskreisel, einer Ampelanlage oder mit Abbiegespuren.

Der Antrag blieb damals unbeachtet. Man erklärte uns auch in den folgenden Jahren immer wieder, ein regulierender Eingriff in

die Staatsstraße sei nicht möglich.

Nun ist unsere Forderung doch noch wahr geworden. Seit einiger Zeit regelt eine Ampel den Verkehrsfluss, und die Kreuzung ist sicherer geworden.

**Wieder einmal hat sich die UW beständig für Bürgerinteressen eingesetzt.**







# Parteiunabhängig



## vertreten wir Bürgerinteressen

Dieses Symbol steht für unsere Grundsätze:



*> gemeinsam und sachlich  
kommunale Verantwortung entwickeln*

*> unser Handeln wird nicht über das Parteibuch regiert*

*> wir lehnen jeden Fraktionszwang ab*

*> wir treten für Offenheit und Transparenz in der Gemeindepolitik ein*

*> wir praktizieren > Bürgernähe < im wörtlichen Sinn*

*> wir sind kompromissbereit, konfliktfähig und flexibel*

*> parteipolitisches Taktieren liegt abseits unsere Ziele,  
weil dabei Bürgerinteressen verloren gehen*

**beständig  
bürgernah**

## Ihre Gemeinderäte



Jörg Semmler



Alois Oblinger



Max Mayer



Leo Pannwitz